

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

II/49

Hannover, 20. Juni 1947
Telefon: 20951

Vor Nürnberg

P.S. Das Referat, das der-Vorsitzende der SPD, Kurt Schumacher, auf dem bevorstehenden Parteitag in Nürnberg vor den Delegierten aus allen Teilen Deutschlands über das Thema "Deutschland und Europa" erstatten wird, sprengt keineswegs den Rahmen, der den Parteitagen der Sozialdemokratie seit je eigen ist. Es sind Arbeitstagungen in des Wortes strengster Bedeutung. Sie entbehren erfahrungsgemäß jeglicher Pathetik und sind niemals eine Meerschau oder eine ähnliche äußerlich-demonstrative Kundgebung gewesen. Der Sinn des bevorstehenden Parteitages ist durch die politische Entwicklung gegeben, die sich seit einem Jahre, seit dem ersten Parteitag der SPD in Mai 1946 bis heute vollzogen hat.

In dieser Zeit ist Deutschland zwar noch keine Wirklichkeit geworden, aber seine unmittelbare Bedeutung für die Lösung zahlreicher internationaler Fragen ist heute ungleich deutlicher als jemals vorher. So ungeklärt die entscheidenden innerdeutschen Angelegenheiten heute wie ehemals sind, so unsicher das Urteil sein muß, das eine gültige Aussage über das Schicksal des Reiches und der Nation abgeben müßte, so unverkennbar ist das objektive politische Gewicht der deutschen Frage in Europa. Darum weist dieses Thema nicht nur auf eine deutsche, geschweige denn parteipolitische Angelegenheit hin, sondern auf ein politisches Problem, auf eine internationale Aufgabe von europäischem und weltpolitischem Interesse. Die SPD wahrt mit der betonten Erörterung dieser Kernfrage der Politik, die heute alle Kabinette in allen Ländern Europas beschäftigt, die Tradition ihres ideologischen Prinzips, daß das eigene Vaterland ein unlösbarer Bestandteil der Völkergemeinschaft ist, in der alle miteinander schicksalhaft verbunden sind. Die praktische

und aktuelle Folgerung aus dieser Feststellung ist die Erkenntnis, daß es nötig ist, die deutsche Frage nicht mit dem Blick in die Vergangenheit und unter der Herrschaft des Ressentiments anzufassen, sondern mit dem Willen zu einer konstruktiven Organisation, die eine friedvolle, vernünftige Zukunft für alle anstrebt.

Die deutsche Sozialdemokratie betritt die Bühne der internationalen Politik im Bewußtsein der Legitimität, die ihr innerpolitisches Bemühen um Demokratie und Sozialismus ihr gibt. Sie ist auf diesem oft glatten Boden kein Neuling. Aber sie weiß, daß sie dort nur wirken kann, wenn im eigenen Hause alles so ist, daß jeder Fremde mit Wohlgefallen durch die weit offenen Fenster schauen kann. Der Nürnberger Parteitag wird darum die wichtigsten Voraussetzungen künftiger deutscher Selbständigkeit und deutschen Eigenlebens behandeln, den Aufbau der deutschen Republik und die wirtschaftlichen und kulturpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie. Das sind Themen, die den Blick unmittelbar auf die nötigsten Aufgaben wenden, die im Innern zu erfüllen sein werden und die dringend der Lösung harren. Die Sozialdemokratie sieht diese Verpflichtung als eine gesamtdeutsche Notwendigkeit an, die unbeschadet der besonderen Arbeiten erkannt werden muß, die den deutschen Ländern obliegen. Wie immer die Organisation des künftigen Deutschlands sein wird, sie kann niemals übersehen, daß die entscheidenden und grundsätzlichen Tendenzen der Entwicklung in Wirtschaft und Kultur von den Kräften geformt werden, die, wie verschieden auch immer, überall in Deutschland wirken und die doch schließlich zu einem harmonischen Zusammenklang unterschiedlicher Stimmen führen müssen. Denn es gibt kein bayerisches Schicksal neben einem schleswig-holsteinischen. Vergangenheit und Gegenwart haben das Band um alle Deutschen enger und fester geschlungen als sie es jemals vorher verknüpfte. Das gilt auch, obwohl die Bestrebungen beachtet werden, die in manchen Teilen des Landes versuchen, aus der gemeinsamen Verpflichtung zu entweichen.

Die Stellungnahme der deutschen Sozialdemokratie auf wirtschafts- und kulturpolitischem Gebiet ist bekannt. Sie ist seit Jahrzehnten unverändert, und der kommende Parteitag in Nürnberg wird keine Überraschungen bringen. Jedoch ist es zwingend, die theoretischen Erkenntnisse genauer und exakter in eine praktische Relation zu den gegebenen Verhältnissen zu bringen. Dies ist der Vergang, der seit dem Wiedererstehen der Sozialdemokratischen Partei Anlaß zu manchen Mißverständnissen und Böswilligen Gelegenheiten zu vielen falschen Behauptungen oder Ausdeutungen gegeben hat. Die Grundlagen der sozialistischen Erkenntnis sind und bleiben unverrückbar. Die Folgerungen von akuter Bedeutung müssen sich, wenn sie überhaupt einen Sinn haben sollen, den vorhandenen Voraussetzungen anpassen, unter denen allein ein praktischer Erfolg erreicht werden kann. Es wird die schwierige aber unausweichliche Aufgabe des kommenden Parteitages sein, unbezweifelbar festzuhalten an dem, was das Wesen der deutschen Sozialdemokratie ausmacht und zugleich einen gültigen Kontakt zu den Tatsachen zu finden, die uns umgeben und die wir in vielen Beziehungen ändern wollen und müssen. In dieser Weise ist die Aufgabe dieses Parteitages eine echte politische Verpflichtung.

Abitur im Flüchtlingslager

Von unseren Kopenhagener Korrespondenten

K.R. Kopenhagen, Mitte Juni 1947

Über eine Viertel Million deutscher Flüchtlinge befanden sich beim Zusammenbruch des Dritten-Reiches in dem kleinen Lande Dänemark, das selbst nur vier Millionen Einwohner hat. Sie gehören mit zu den Opfern der verbrecherischen Nazipolitik, die selbst den Osten frei machte von deutschen Menschen und dadurch das politische Spiel Russlands und Polens erleichterte. Die deutsche Wehrmacht hatte einfach ca. tausend dänische Schulen, öffentliche und private Gebäude, Motels und Tennishallen beschlagnahmt und die Flüchtlinge unter den primitivsten Verhältnissen untergebracht. Es herrschten fürchterliche Zustände, ein schreckliches Chaos, Hunger und Seuchen in vielen dieser Flüchtlingslager, wie die dänischen Behörden nach dem deutschen Zusammenbruch feststellten. Da die Militärregierungen in Deutschland sich weigerten, diesen Flüchtlingen Einreise zu gewähren, war die dänische Regierung gezwungen, schleunigst Massnahmen zu ergreifen, um geordnete Zustände herbeizuführen.

Unter der Leitung des früheren sozialdemokratischen Handelsministers Hjaerbøl wurde eine besondere Flüchtlingsverwaltung geschaffen. Ihr glückte es in kurzer Zeit, Ordnung zu schaffen. Man baute grosse Lager, wozu man hinterlassene Wehrmachtbaracken, sowie 1.500 in Schweden gekaufte Baracken verwandte. Die dänischen Schulen konnten geräumt werden und der Schulunterricht wieder beginnen. In den neuen Barackenstädten entwickelte sich schnell ein eigenes deutsches Leben. In den kleineren Lagern wurden deutsche Vertrauensmänner in freier und allgemeiner Wahl von den Flüchtlingen gewählt. In den grösseren Lagern, wie Oksbøl (35.000 Flüchtlinge), Kløvermarken (16.000 Flüchtlinge) und anderen entstanden eigene deutsche Gemeindeverwaltungen, zu denen natürlich keine Nazis gewählt werden konnten. Alle Arbeit in den Lagern wird grundsätzlich von den Flüchtlingen selbst ausgeführt.

Die Schulabteilung der Flüchtlingsverwaltung richtete Schulen ein, liess Fitzein, Lesebücher, Liederbücher und andere Schulbücher drucken und die Flüchtlingskinder besuchen nun regelmässig die Schulen, die alle Klassen, von den ABC-Schützen bis zur letzten Klasse der Oberschule umfassen. In einem Lager haben sieben drei Oberschüler ihr Abiturientenexamen bestanden, in anderen stehen sie vor der Prüfung. Welche umfassende Arbeit dahintersteckt, begreift man, wenn man darauf hingewiesen wird, dass in diesen Schulen 50.000 Kinder von ca. 1.500 Lehrern, Lehrerinnen und Schulfach Helfern unterrichtet werden.

Im Laufe des Sommers wurden in allen Lagern Fortbildungsschulen für die Jugendlichen von 14 bis 20 Jahren eingerichtet, an deren Unterricht zwischen 10-12.000 Jugendliche teilnahmen. Viele dieser Jugendlichen erhalten in den Werkstätten der Lager zugleich eine Berufsausbildung. Die Kultur- und Bildungsabteilung der Flüchtlingsverwaltung organisierte in allen Lagern eine umfassende Kulturarbeit, die unter der Leitung von deutschen politischen Emigranten steht. Theater, Laienspielgruppen, Chöre, Orchester und Volkshochschulen entstanden, so dass sich ein reiches Kulturleben entwickeln konnte, das wesentlich dazu beitrug, den verständlichen seelischen Druck zu mildern, der eine natürliche Folge der Internierung in Lagern sein musste. Dazu tragen auch die Lagerbibliotheken bei, die ca. 60.000 Bände umfassen. Eine erhebliche Bedeutung für die geistige und seelische Verfassung eines grossen Teils, insbesondere auch der weiblichen Flüchtlinge, hat die kirchliche Betreuung, die von dänischen und deutschen Geistlichen aller Konfessionen ausgeübt wird. In den grösseren Lagern gibt es eigene evangelische und katholische Kirchen, die von dänischen Bischöfen eingeweiht worden sind. Die Teilnahme an den regelmässigen Gottesdiensten und Andächten ist sehr gross.

Die Verpflegung ist besser und reichlicher als die der Durchschnittsmenschen in Deutschland. Sie beträgt 2.250 Kalorien. Die Kaltverpflegung, die neben dem Mittagessen (3/4 Ltr.) geliefert wird, besteht aus 350 g Schwarzbrot, 140 g Feinbrot, 20 g vitaminisierte Margarine, 25 g Aufschnitt, 25 g Käse, 25 g Zucker und 15 g Tee-Ersatz täglich. Alle Kinder bis zu 15 Jahren erhalten täglich 1/2 Ltr. Milch, die körperlich Arbeitenden, Sanitätspersonal und Kranke erhalten täglich 500 Kalorien extra und die Lehrer, das Kontorpersonal und die in der Bildungsarbeit Tätigen täglich 1/2 Ltr. Milch und 25 g Aufschnitt zusätzliche Verpflegung. Der Gesundheitszustand ist, wie soeben erst wieder der dänische Chefarzt eines grossen Flüchtlingslagers versicherte, ausserordentlich gut. 24 Krankenhäuser wurden eingerichtet, deren Kapazität aber bei weitem nicht ausgenutzt wird. Alle Flüchtlinge wurden gegen Typhus und Diphtherie geimpft. Im Kampf gegen die Tuberkulose sind Mantouxproben durchgeführt und negative Personen wurden Calmette-geimpft. Allen Flüchtlingen steht zahnärztliche Behandlung zur Verfügung. Durch Lieferung von Zahnbürsten, Zahnpulver, Toilettenseife, Rasierseife, Rasierklingen, Kammerseife, Scheuorbürsten, Scheuertücher, Besen usw. sorgt die Flüchtlingsverwaltung dafür, dass Körper und Baracken sauber gehalten werden können, wozu auch das wöchentliche Bad in den finnischen Saunas beiträgt.

Man muss anerkennen, dass Dänemark, seinen humanistischen Traditionen treu, versucht, das Menschenmögliche zu tun. Durch die fünf Jahre deutscher Besetzung ist das Land ausgesogen und arm geworden. Trotzdem hat es schon über 400 Millionen Kronen für die deutschen Flüchtlinge ausgeben müssen. Und immer ist noch nicht abzusehen, wann diese Ausgaben aufhören werden. Im Augenblick sind die Transporte von 36.000 Flüchtlingen in die Ostzone und von 12.000 in die amerikanische Zone im Gange oder in Vorbereitung, nachdem die britische Zone bereits 17.000 aufgenommen hat. Aber wenn diese Transporte im Juli oder August abgeschlossen sind, verbleiben immer noch über 100.000 deutsche Flüchtlinge hier im Lande. Es ist verständlich, dass diese den schuldigen Wunsch haben, so schnell wie möglich die Internierungslager verlassen zu können und als freie Menschen nach Deutschland zu kommen. Ebenso gross ist aber auch der Wunsch Dänemarks, von der Last dieser Flüchtlinge so schnell wie möglich befreit zu werden.

Erleichterte Naturalisierung in Frankreich

A. F. Paris - In Anbetracht des erheblichen Arbeitermangels in Frankreich sind die französischen Behörden mehr und mehr bemüht, die Stellung der Ausländer zu verbessern. Der weitestgehende Vorschlag dieser Art wurde vor einigen Tagen von der sozialistischen Fraktion mit Zustimmung der Kommunisten und der Gewerkschaften dem Parlament unterbreitet. Die ausländischen Arbeiter werden in allen Fragen der Sozialgesetzgebung sofort nach ihrer Ankunft in Frankreich den Franzosen gleichgestellt. Nach einem Aufenthalt von sechs Jahren geniessen sie volle Arbeitsfreiheit, Ausweisungen sollen nur noch nach einem Gerichtsbeschluss und nach Anhörung des Betroffenen ausgesprochen werden dürfen, während bisher eine unbegründete verwaltungsmässige Entscheidung genügte. Die Naturalisierungen werden erleichtert und alle Gesuche müssen spätestens ein Jahr nach ihrer Einreichung erledigt sein. Die naturalisierten Ausländer sollen, entgegen den jetzigen Bestimmungen, den gebürtigen Franzosen auf allen Gebieten völlig gleichgestellt werden.

UNO-Anfänge in Genf

Genf, Mitte Juni 1947

Zum Teil parallel mit der gestrandeten Moskauer Außenministerkonferenz hat in der alten Völkerbundstadt - die kurz zuvor offiziell zum europäischen Sitz der Vereinten Nationen erklärt worden war - kurz nach Ostern eine intensive Arbeit verschiedener vorbereitender Konferenzen und Komitees begonnen, die sich hauptsächlich in allerhand Testversuchen auswirkte, denen jedoch ein realistisches Anpacken einiger der brennendsten europäischen Probleme nicht abgesprochen werden kann.

Der Reihe nach traten Konferenzen der Weltgesundheits-Organisation und der Internationalen Flüchtlings-Organisation zusammen; ferner ein vorbereitendes Komitee für eine in Aussicht genommene Internationale Handelskonferenz, mit einem besonderen Expertenaustausch für Probleme des Passwesens und der Zollformalitäten, sowie die Europäische Wirtschaftskommission. Ausgesprochen politischen Charakter hatte die Arbeit eines Untersuchungsausschusses des Sicherheitsrates der UNO über die Balkan-Zwischenfälle um und gegen Griechenland. Sodann tagten in Rahmen des Internationalen Arbeitsrates die Kohlenindustriekommission und eine gleichartige Kommission für die Binnenschifffahrt (insbesondere des Rheins) und des innereuropäischen Transportwesens.

Eine auffallend starke Besetzung wies das vorbereitende Komitee für die Internationale Handelskonferenz auf, zu welchem die Amerikaner und Engländer mit Vertretungen von je über 100 Personen anrückten. Der Sonderausschuß von Regierungsexperten für eine Neuordnung des Passwesens und der Zollformalitäten beim Reisen schloß seine Beratungen mit der Gutheißung einer Reihe von Empfehlungen an die Regierungen und den Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen, welche ungefähr den gleichen Grundsätzen folgen, die nach dem ersten Weltkrieg von der zweiten Völkerbundkonferenz für das gleiche Thema vom Jahre 1926 vereinbart worden waren. Nur sind jedoch die politischen Voraussetzungen heute noch bei weitem nicht so bereinigt, wie 1906, um die gleichen Pass- und zollmäßigen Reisemöglichkeiten wie damals zu verwirklichen. Die größten Hindernisse und Schwierigkeiten bereitet bei all diesen Arbeiten naturgemäß die Nichtteilnahme Sowjetrußlands an ihnen, die damit begründet wird, daß die Sowjetregierung am Außenhandelsmonopol als eines der unverrückbaren Elemente ihres Wirtschaftssystems festhalten müsse, so bleibt nichts anderes übrig, erwidern die Angelsachsen darauf, als die übrige Welt ohne Sowjetrußland soweit und so rasch als irgend möglich wirtschafts- und handelspolitisch neu zu ordnen. Und das wollen sie nun offenbar mit ihrer ganzen Energie und vollem Machteinsetz tun. Interessant ist dabei, daß zum Beispiel Staaten wie Polen, Rumänien und die Tschechoslowakei wenigstens teilweise auch mitmachen.

Die größten Erwartungen der europäischen Völker konzentrieren sich offenbar auf die Beratungen der aus Vertretungen von 18 Staaten bestehenden Europäischen Wirtschaftskommission, die vom Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen eingesetzt wurde, ohne sich vorher über ein bestimmtes Programm derselben einigen zu können. Die erste Session der EWK, nahm einen befriedigenden Verlauf, ohne jedoch zu bestimmten Beschlüssen und Entscheidungen zu führen. Dafür wurde aber schon auf den 5. Juli eine zweite Session angesetzt, in welcher dann die EWK bis zum 19. Juli, wenn der Wirtschafts- und Sozialrat der UNO zusammentritt, offenbar zu einer Reihe von Vorschlägen, sowohl über die eigene Organisation wie über die ersten praktischen Arbeiten der EWK zu gelangen hofft.

Die zwei Industrie-Kommissionen des Internationalen Arbeitsamtes hatten die Verhältnisse in der Kohlenindustrie und im europäischen Transportwesen vom sozialen Standpunkt aus und in Bezug auf die Rekrutierung und berufliche Ausbildung der Arbeiter zu prüfen und Vorschläge zu machen, weil von diesen Faktoren die Produktionssteigerung und die individuelle Arbeitsleistung in wesentlichen abhängen. Die Vorschläge sind in Form von Empfehlungen ausgearbeitet, die den Regierungen oder an den Kommissionsarbeiten interessierten Staaten zu baldmöglichster Berücksichtigung unterbreitet werden sollen. Über die Rheinschiffahrt wird gewünscht, daß sobald wie möglich eine besondere Konvention abgeschlossen werde. Des weiteren sei hervorgehoben, daß Kriegsgefangene und staatenlose Flüchtlinge als Arbeitskräfte in der Kohlenindustrie in erster Linie denjenigen Ländern zur Verfügung gestellt werden sollen, die durch den Krieg die meisten Verwüstungen erlitten haben, und daß vom Zeitpunkt ihres möglichen Rückzuges an solche Arbeitskräfte die ortsüblichen Löhne (unter Abzug der Lebenskosten) bezahlt werden sollen.

(A21/206/2/hs)

Das älteste Parlament der Welt

Island kann sich rühmen, in seinem Althing das älteste Parlament der Welt zu besitzen. Ihm gehören jetzt 52 Abgeordnete an, von denen 20 auf die Konservativen, 13 auf die Liberalen, 10 auf die Kommunisten und 9 auf die isländische Labour Party entfallen. Die Regierung wird von den Konservativen, Liberalen und den Sozialisten gebildet, während die Kommunisten die offizielle Opposition darstellen. Ihre ungewöhnlich große Stärke ist, wie der erst dreißigjährige Sekretär der isländischen Labour Party, der Professor für Wirtschaft, Gylfi Gislason, bei einem Besuch in London erklärte, auf die Abspaltung des linken Flügels der Labour Party zurückzuführen. Sie hat sich von diesem Verlust inzwischen jedoch bereits wieder weitgehend erholt, denn bei den letzten Wahlen konnte sie ihre Stimmen um 30 Prozent vermehren. (B10/206/hs)

Das Veto-Recht des englischen Oberhauses

Das englische Oberhaus setzt sich aus über 800 Mitgliedern zusammen. Über 400 sind Barone, 26 Bischöfe und Erzbischöfe, mehr als 100 Vicars, 169 Grafen, nahezu 40 Marquisen und 26 Herzöge, unter denen sich auch der Herzog von Windsor sowie der Herzog von Gloucester befinden. Die beiden nehmen indessen an keiner Debatte teil. Die Labour Party ist nur mit 42 Mitgliedern im Oberhaus vertreten. 60 Mitglieder gehören den Liberalen an und die überwiegende Mehrheit des Restes zählt zu den Konservativen. Die Lords haben seit 1911 nur noch beschränkte Rechte. In Finanzfragen können sie überhaupt nicht mitreden und bei Verbesserungsanschlägen einbringen. Dieses Recht ist jedoch von weittragender Bedeutung, denn wenn das Oberhaus, das bereits bei Anwesenheit von 30 Mitgliedern eine Abstimmung vornehmen kann, ein im Unterhaus angenommenes Gesetz ablehnt, so muß dieses Gesetz das Unterhaus in drei aufeinanderfolgenden Sessionen passieren, ehe es Rechtsgültigkeit erhält. Es erhält also erst frühestens in zwei Jahren Rechtskraft, sofern die Regierung die Verbesserungsvorschläge nicht akzeptiert oder ein Kompromiß nicht gefunden werden kann. In den letzten 14 Tagen wurden nicht weniger als 12 Gesetzesvorlagen abgelehnt. Es handelt sich dabei um wichtige Gesetze, die zumeist auf dem Sozialisierungs- und Nationalisierungsprogramm der Labour-Regierung basieren. Ihre Ablehnung durch das Oberhaus, in der die Vertreter der Labour-Party jederzeit leicht überstimmt werden können, ist wohl auf die Absicht der Tories zurückzuführen, das Inkrafttreten aller ihr unangenehmen Gesetze solange wie möglich hinauszuzögern.

(B10/206/hs)